



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

Mißglückte Versuche eines deutsch-französischen Einvernehmens 1896 -
1899

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

Mißglückte Versuche eines deutsch-französischen Einvernehmens 1896—1899

Unabhängig von allen diplomatischen Wechselfällen war Kaiser Wilhelm immer um ein freundnachbarliches Verhältnis zu Frankreich bemüht. Einige Monate nach seinem Regierungsantritte sagte er zum ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Jules Simon, daß er den für einen Narren und Verbrecher halte, der es unternehmen wollte, die beiden Völker in einen Krieg hineinzutreiben. Er benutzte jeden schicklichen Anlaß, um die Hand zur Versöhnung zu reichen. So oft im Nachbarlande ein Verlust zu beklagen war, beim Tode Mac Mahons 1893, dann nach dem Hinscheiden der zwei Präsidenten der französischen Republik, Carnots 1894 und Faures 1899, beim schreckensvollen Bazarbrand in Paris 1897, beim Untergang eines großen französischen Personendampfers 1898 drückte er in herzlichen Worten sein Beileid aus. Als 1899 auf dem Schlachtfelde von St.-Privat ein Kriegerdenkmal enthüllt wurde, rühmte er in erhebenden Worten die Tapferkeit der französischen Soldaten im Kampfe von 1870. Wohl hatten diese und andere Kundgebungen keinen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Politik, doch erkannten verständige Franzosen an, der Kaiser sei von Friedensliebe beseelt.

Es war ein günstiger Umstand, daß das Kabinett Leon Bourgeois im April 1896 dem Melines Platz machte, wodurch Hanotaux abermals Minister des Außern wurde. Ein neues Bild im französischen Zauberspiegel. Das Bündnis mit Rußland blieb zwar der feste Pol, es wurde durch den Besuch des Zaren zu Paris im Oktober 1896, wie durch den des Präsidenten Faure zu Peterhof August 1897 noch befestigt. Aber Hanotaux stellte wieder ein erträgliches Verhältnis zu Deutschland her und schob die künstlichen Hindernisse einer Aus-

sprache beiseite. Während der zwei Jahre seiner Amtsführung blieb es dabei, so daß Deutschland sich zur Beteiligung an der für 1900 geplanten Pariser Weltausstellung bereit erklärte. Auch andere Geschäfte konnten erledigt werden, wozu Marquis von Moailles, 1896 bis 1902 französischer Botschafter in Berlin, mitwirkte. Hanotaux benutzte diese angenehme Temperatur, um die französische Herrschaft in Tunis auszubauen: er bestimmte die europäischen Staaten zum Verzicht auf die Kapitulationen, auf Grund deren ihre Staatsangehörigen bis dahin der Gerichtsbarkeit ihres eigenen Konsuls unterstanden; auch für sie traten in Tunis fortan die einheimischen Gerichte in Kraft. Im April 1897 machte Fürst Hohenlohe die alljährliche Reise zu seinem Pariser Zahnarzte, diesmal aber fand eine Begegnung mit Hanotaux statt, bei der politische Dinge in Fluß kamen¹⁾. Das war seit dem Berliner Kongresse die erste und auch die letzte Zusammenkunft der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Frankreichs. Das nächste Ergebnis war die Einigung über die strittigen Grenzen der Kolonie Togo (23. Juli 1897).

Wichtiger ließ sich eine andere Besprechung an, die sich auf Südafrika bezog. Es handelte sich um die portugiesischen Besitzungen im Südosten, um die Mündung des Zambesi wie um die Delagoa-bai. England drückte auf Portugal, um die Verfügung über diesen wichtigen Hafen zu erhalten, den einzigen Luftkanal vom Burenland ans Meer. Die deutsche Regierung regte gemeinsame Abwehr an, in Paris hatte man dafür Verständnis. Die zwei Kabinette kamen sich näher, und in Berlin wurde auf Grund dieser Besprechungen eine Denkschrift ausgearbeitet, die Botschafter Graf Münster am 19. Juni 1898 Hanotaux übergab. Das Schicksal dieser Denkschrift soll uns noch beschäftigen.

So bahnte sich ein Verhältnis an, ähnlich wie unter Bismarck und Ferry. Nur besaßen diese zwei Staatsmänner ungleich mehr Kraft und Autorität als ihre Nachfolger. Es gab aber durch kurze Zeit eine doppelte französische Politik, eine gereizte, nach außen gewendete, die im Hinblick auf Elsaß-Lothringen mit ihrer Unversöhnlichkeit Staat machte, und eine praktische, die durch die Not-

¹⁾ Hanotaux, „Faohoda“, S. 114, 131. Die Beruhigung, die damals in Deutschland herrschte, erhellt aus dem Jahresbericht Th. Schiemanns in der „Kreuzzeitung“ vom 29. Dezember 1897, wieder abgedruckt in Schiemanns „Deutschland und die große Politik Anno 1901“.

wendigkeiten der Kolonialpolitik bestimmt war. Darüber werden die Akten der geheimen Archive noch manchen Beitrag enthalten.

Es sollte aber nicht zur Gesundung des am deutsch-französischen Gegensatz Kranken Europa kommen. Schuld und Mißgeschick verstrickten sich, um Frankreich wieder an den Abgrund eines Vergeltungskrieges zu reißen. Der Prozeß des Hauptmanns Alfred Dreyfuß, der 1894 wegen Landesverrats zur Verschickung auf die Teufelsinsel verurteilt worden war, entzweite die Geister bis zum Äußersten. Es war ihm zur Last gelegt worden, Spionage zugunsten Deutschlands getrieben zu haben. Die Klerikalen, die Monarchisten und die Antisemiten riefen, da für die Unschuld des Verurteilten zwingende Beweise vorgebracht wurden, den Haß gegen Deutschland auf, damit ihnen das Opfer gewiß nicht entgehe: nur so konnten sie ihren Einfluß im Lande, besonders im französischen Generalstab behaupten. Ihnen warfen sich die Radikalen und die Sozialisten entgegen, die, von der Unschuld des Hauptmanns überzeugt, auch von dem leidenschaftlichen Bemühen angetrieben waren, die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen und die Herrschaft über die Geister festzuhalten. Die Rechtsfrage war bloß Aushängeschild, in Wahrheit kämpfte das alte Frankreich mit den Erben der Revolution um die Macht im Heere und in den leitenden Stellen. Eine Flut von Haß und Verleumdung ergoß sich aus dem Lager der Dreyfußgegner über Deutschland und seinen Kaiser. Der rasende Nationalismus stempelte jeden zum Verräter, der für die Unschuld des Hauptmanns eintrat. Endlich fand das Ministerium Waldeck-Rousseau 1899 den Mut zu dessen Begnadigung, aber die Erregung zitterte noch durch Jahre nach.

Mitten unter diesen Stürmen, die es Hanotaux erschwerten, auf der Linie seiner Politik zu bleiben, vollzog sich in Deutschland ein wichtiger Ministerwechsel. Staatssekretär Marschall von Bieberstein stand, da er Caprivis Mitarbeiter an der Handelspolitik gewesen war, auch nach dessen Sturz unter dem Kreuzfeuer der preussischen Konservativen und der Ungarier; ebensowenig verziehen ihm die Verehrer Bismarcks, daß er von der Bahn des großen Staatsmannes abgewichen war. Dazu kamen persönliche Gegnerschaften und Schwierigkeiten, so daß Marschall im Herbst 1897 die erbetene Entlassung erhielt, um bald darauf nach Konstantinopel als Botschafter abzugehen. Zu seinem Nachfolger wurde am 20. Oktober 1897 Bernhard

von Bülow ernannt, bislang Botschafter beim König von Italien. Es gab nur eine Meinung, daß er die beste Kraft im diplomatischen Dienste des Reiches war. Nun nahmen die Schwankungen in der äußeren Politik ein Ende. Das Schiff hatte wieder einen Steuer-
mann.

*

F a s c h o d a

Englisches Ultimatum an Frankreich

Je höher die Verwirrung in Frankreich stieg, desto rücksichtsloser bedrängte England, so oft sich in Afrika Interessengegensätze aufstauten, seinen Nebenbuhler. Das Jahr 1898 war das stürmischste während der jahrelangen Dreyfußkrise, es war zugleich dasjenige, in dem Britannien zweimal ein Ultimatum nach Paris schickte und die Regierung der Republik zum Rückzuge zwang.

Im ersten Fall handelte es sich um das Mündungsgebiet des Nigerstromes, durch welches die beste Zufahrt zum französischen Sudan gegangen wäre, wenn es nicht den Briten gehört hätte. Grenzstreitigkeiten stellten sich ein — sofort fuhr England mit Kriegsdrohungen dazwischen. Nur einem schwächeren Staate gegenüber durfte eine Sprache geführt werden, wie die Lord Selbournes, des Unterstaatssekretärs für die Kolonien. Er sagte im Parlament: „Ohne Zweifel wollen wir den Frieden, aber wir wollen ihn nicht um jeden Preis. Wir haben wegen Madagaskar keinen Krieg geführt, weil ein solcher uns im Verhältnis zur Wichtigkeit der in Frage stehenden englischen Interessen zu viel Opfer auferlegt hätte; aber kann man dasselbe von Westafrika sagen?“ Dieselbe Drohung klang aus der Bemerkung des Staatssekretärs Chamberlain, England werde daran denken müssen, in Afrika ein stehendes Heer zu errichten. Darauf wich die Regierung der Republik zurück und England setzte im Vertrag vom 14. Juni 1898 die meisten seiner Forderungen in Nigeria durch. Das Ergebnis wird von dem französischen Schriftsteller Sardieu mit den bitteren Worten gekennzeichnet: „Durch eine fortgesetzte Offensive, deren Wirkung durch das Zögern unserer Staatsmänner ver-